



DIE IT-KONSOLIDIERUNG KOMMT VORAN

Die Studie „IT-Konsolidierung und Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung“ untersucht auch 2017 den Stand der IT-Konsolidierung und die politischen Rahmenbedingungen für die Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung.

| von **WERNER ACHTERT, KARIN DOHMANN** und **DR. ANDREAS ZAMPERONI**

Die Konsolidierung der Dienstleistungszentren ist ein wichtiger Schritt zur Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Mit der Studie „IT-Konsolidierung und Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung“ knüpft msg an ihre Studie aus dem Jahr 2015 an, in der erstmals eine Bestandsaufnahme zur Situation der IT-Dienstleistungszentren erfolgte.

Für die im November 2017 vorgestellte Studie wurden im Frühjahr 2017 insgesamt 144 Verantwortliche aus Fachbehörden des Bundes, der Länder und ausgewählter Großstädte zu folgenden Themen befragt:

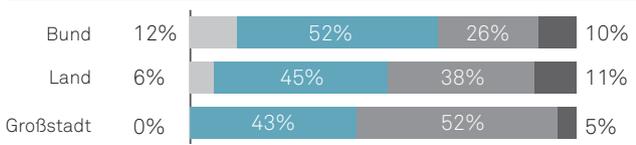
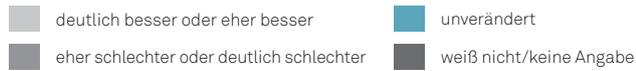
- Worin bestehen aktuell die wesentlichen fachlichen Herausforderungen für die Behörden?
- Vor welchen IT-Herausforderungen stehen die Behörden in den kommenden zwei Jahren?
- Welche Leistungen werden derzeit und zukünftig in IT-DLZ verlagert?
- Welche Ziele werden mit der Verlagerung verfolgt, und werden diese von den IT-DLZ erfüllt?
- Welche Faktoren erschweren die Verlagerung von IT-Leistungen zu einem IT-DLZ?
- Wie zufrieden sind die Bundesbehörden bisher mit der IT-Konsolidierung Bund?

Die Befragungen der Fachbehörden, die Bedarfsträger von IT-Dienstleistungen sind, wurden auch diesmal wieder durch Befragungen und Interviews hoher Vertreter der Dienstleistungszentren ergänzt, die Dienstleistungen für ihre Kunden, die Fachbehörden, erbringen. In zusätzlichen Experteninterviews standen die besonderen Herausforderungen im Fokus, die die Interviewten angesichts der Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung sehen.

Angesichts der Bedeutung der Digitalisierung für den Wirtschaftsstandort Deutschland und die öffentliche Verwaltung wurden dieses Jahr außerdem Interviews mit Vertretern der politischen Verwaltung geführt und die Studie um deren Einschätzungen erweitert. Insbesondere wurden die Vertreter der politischen Ebene nach den Rahmenbedingungen gefragt, die sie für notwendig erachten, damit die Digitalisierungsbemühungen in der öffentlichen Verwaltung gelingen.

Die Ergebnisse der Studie belegen, dass die IT-Konsolidierung insgesamt vorankommt und durch die Zentralisierung von Basis- und Querschnittsdiensten die Voraussetzungen für eine effiziente IT-Unterstützung geschaffen werden. Die Studie zeigt jedoch auch, dass für eine umfassende Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung die politischen Rahmenbedingungen verändert werden müssen.

Gewinnung von Personal für Fachaufgaben



Gewinnung von Personal für IT-Aufgaben

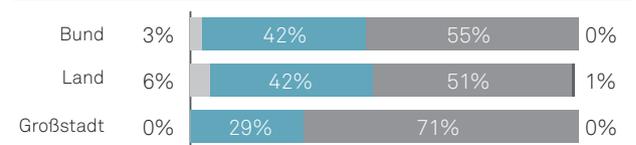


Abbildung 1: Gewinnung von Fach- und IT-Personal durchweg schwieriger als 2015

PERSONAL FÜR DIGITALISIERUNG IST DER GROSSE ENGPASS

Die Meinungen von Fachbehörden, IT-Dienstleistungszentren und politischer Verwaltung gehen in die gleiche Richtung: Fachpersonal zur Unterstützung der Digitalisierung ist nicht ausreichend vorhanden; es ist auch nicht absehbar, dass die Situation sich bessert. Gegenüber der Studie aus dem Jahr 2015 hat sich die Situation aus Sicht der Befragten sogar deutlich verschlechtert, und zwar bei Bund, Land und Kommunen in gleichem Maße.

IT-SICHERHEIT UND DATENSCHUTZ STEHEN FÜR BEDARFSTRÄGER AN ERSTER STELLE

Sowohl auf Bundesebene als auch bei den Ländern und Kommunen steht dieses Thema mit deutlichem Abstand an erster Stelle der Top-Herausforderungen. Gegenüber der Befragung im Jahr 2015 ist die Bedeutung noch einmal deutlich gestiegen. Vorfälle durch Angriffe in der letzten Zeit haben hier scheinbar die Sensibilität noch erhöht.

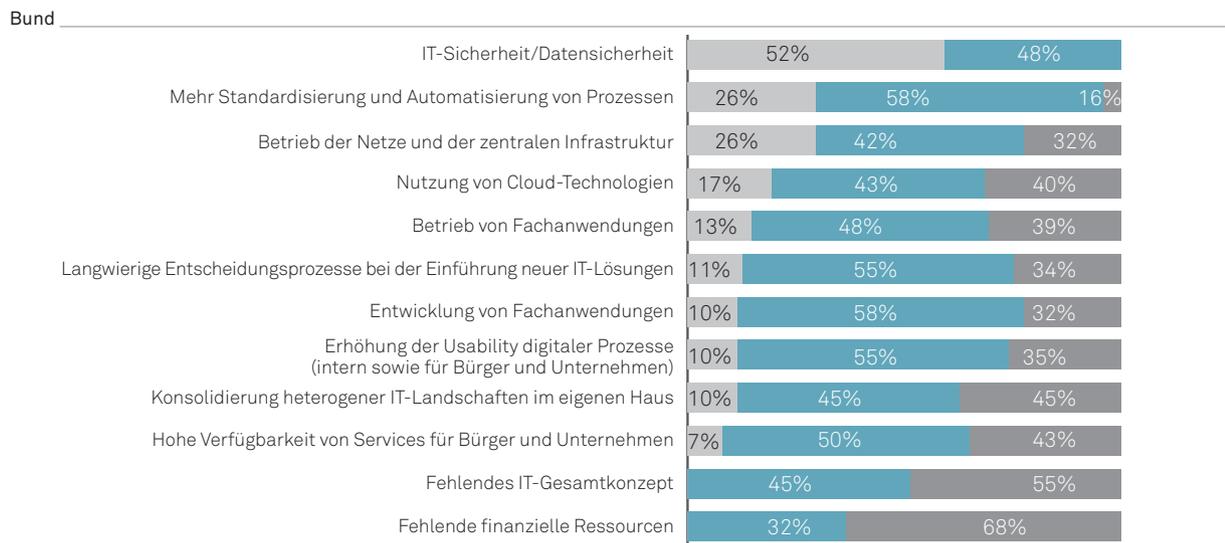


Abbildung 2: Beispiel für Ergebnis der Studie: Top-Herausforderungen IT auf Bundesebene

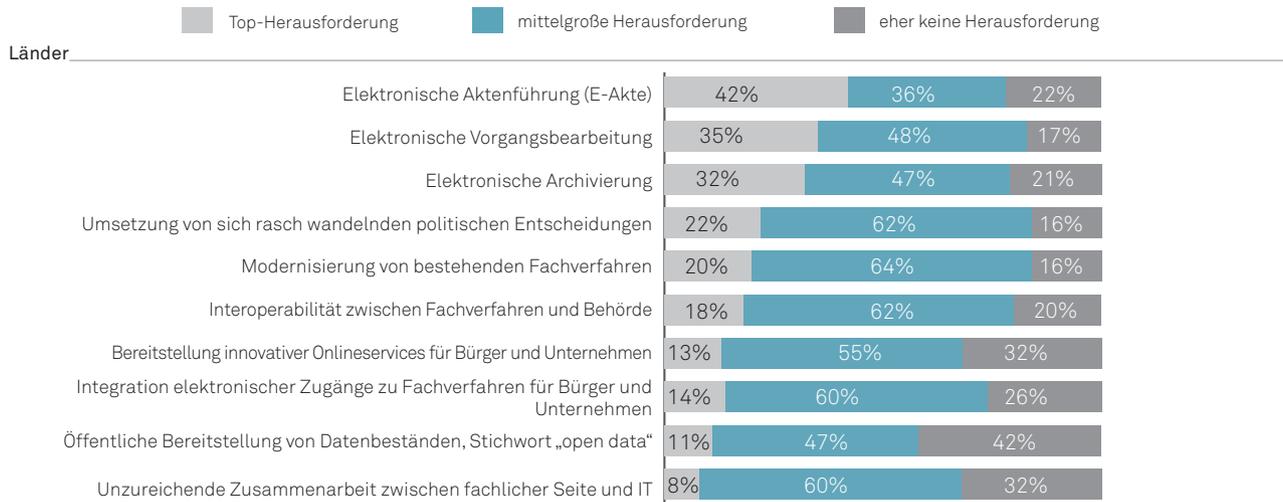


Abbildung 3: Beispiel für Ergebnis der Studie: Fachliche Top-Herausforderungen auf Landesebene

BEDEUTUNG VON PROZESSAUTOMATISIERUNG UND STANDARDISIERUNG GESTIEGEN

Auf Platz 2 der Top-Herausforderungen der IT werden bei Bedarfsträgern des Bundes die Einführung von mehr Standards sowie die Automatisierung von Prozessen gesehen. Auch auf Landes- und Kommunalebene werden diese Themen bei einer signifikanten Anzahl der Befragten als besonders wichtig erachtet.

ELEKTRONISCHE AKTENFÜHRUNG UND ELEKTRONISCHE VORGANGSBEARBEITUNG WEITERHIN TOP-THEMA

Wie in der Befragung im Jahr 2015 werden vor allem elektronische Aktenführung und elektronische Vorgangsbearbeitung sowie die Umsetzung politischer Entscheidungen in IT-unterstützte Verwaltungsabläufe als fachliche Top-Herausforderungen genannt. Beim Bund ist die Bedeutung dieser Themen in etwa gleich geblieben, bei den Ländern haben diese Themen sicht-

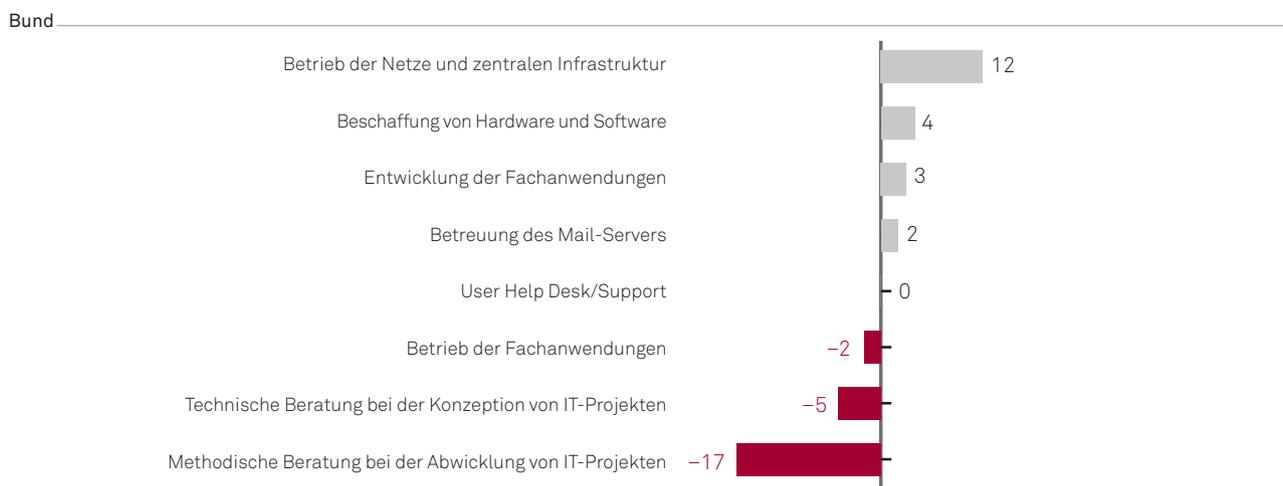


Abbildung 4: Veränderung intern erbrachter Dienstleistungen 2015 und 2017 (in Prozentpunkten)

bar an Bedeutung gewonnen. Bei den Kommunen sind Online-zugänge und Bezahloptionen für Bürger und Unternehmen Top-Herausforderungen.

BEDARFSTRÄGER WOLLEN FACHVERFAHREN WEITERHIN SELBST ENTWICKELN UND BETREIBEN

Die Fachbehörden möchten – trotz IT-Konsolidierung – auch in Zukunft mehrheitlich Fachanwendungen selbst betreiben und auch die Entwicklung von Fachverfahren in Eigenregie durchführen – und tun dies auch in zunehmendem Maße (siehe Abbildung 4). Diese Tendenz ist bei Bundesbehörden noch ausgeprägter als bei Landesbehörden oder bei Kommunen.

POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DIGITALISIERUNG NICHT AUSREICHEND

Einhellige Meinung der Vertreter der politischen Ebene war, dass auf Bundesebene für die Umsetzung von Digitalvorhaben geeignete Strukturen und Prozesse für Programm-, Projekt- und Architekturmanagement fehlen beziehungsweise weiter aufgebaut werden müssen. Die im Bund verteilten Zuständigkeiten für Digitalisierung müssen gebündelt und endlich eine gemeinsame Strategie der Bundesregierung für die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung erstellt werden.

Die Vernetzung der Behörden und die Möglichkeiten zur Kollaboration müssen dringend ausgebaut werden. Bei neuen Gesetzesvorhaben muss die erforderliche Umsetzung mithilfe von behördenübergreifenden IT-Verfahren bereits von der Politik berücksichtigt werden.



Bestellen Sie sich die vollständige Studie kostenfrei:
<https://www.msg.group/public-sector/studie>

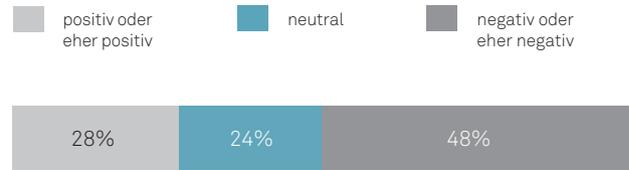


Abbildung 5: Bewertung der bisherigen IT-Konsolidierung Bund durch Behörden, die schon mit der Konsolidierung betroffen waren (auch Planungsphase)

Zur besseren Abstimmung zwischen Fachverwaltung und IT wäre es sinnvoll, die Verwaltungsexperten überhaupt oder besser in Bezug auf die Digitalisierung von Prozessen und Verfahren auszubilden. Diese Ausbildungsinhalte fehlen derzeit noch.

Bei der Einrichtung des Informationstechnikzentrum Bund (ITZ-Bund) wurden von der Politik hohe Erwartungen erzeugt, die für den IT-Dienstleister derzeit aufgrund des Aufgabenzuwachses nur schwer zu erfüllen sind.

Sowohl Fachbehörden als auch IT-Dienstleister werden sich künftig viel stärker hinsichtlich ihrer Strategien und Prozesse synchronisieren müssen, um sich sowohl als Dienstleister, aber auch als Kunden professioneller aufstellen zu können. ●

ANSPRECHPARTNER – DR. ANDREAS ZAMPERONI

Leiter Center of Competence
 Projektmanagement
 Public Sector Solutions Consulting

